

**Stadt Bergisch Gladbach**

**Der Bürgermeister**

Datum

**25.03.2010**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stadtentwicklung, kommunale Verkehrsplanung**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Dienstag, 23.02.2010**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:03 Uhr - 19:48 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 2.1 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.09.2009**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 03.12.2009 - öffentlicher Teil**  
*0063/2010*

- 3.1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.09.2009 - öffentlicher Teil -**  
*0058/2010*
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 Frauenpolitische Informationen**  
*0057/2010*
- 5.2 Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**Mitteilung zur Wahl des Seniorenbeirats**  
*0071/2010*
- 6 Haushalt 2010 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**  
*0016/2010*
- 7 Flächenbericht 2009 Stadt Bergisch Gladbach zum "Nachhaltigen kommunalen Flächenmanagement"**  
*0030/2010*
- 8 Gespräche zur Stadtentwicklung: Vorstellung der Studie "Nachfrageorientierte Wohnungsmarktanalyse für die Stadt Bergisch Gladbach" des vhw am 1. März 2010**  
*0047/2010*
- 9 Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**- Jahresbericht 2008**  
**- Wohnungsbauprogramm 2009**  
*0046/2010*
- 10 Bedarfsplanung und Betriebskostenförderung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2010/2011**  
*0038/2010*
- 11 Auswertung der Elternbefragung zum Betreuungsbedarf der Kinder bis sechs Jahren**  
*0080/2010*
- 12 Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach - Teile II - IV**  
*0023/2010*
- 13 Wahl des Integrationsrates**  
*0092/2010*
- 14 Jahresbericht über die Entwicklung und Aktivitäten der GL Service gGmbH (Berichtszeitraum 01.10.2008 - 31.12.2009)**

0053/2010

**15 Anträge der Fraktionen**

**15.1 Sachstand zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse an die A4; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2009 (Vorlage 0545/2009)**  
0077/2010

**15.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2009 zur Offenlegung der Pläne für die Umgestaltung der Stadtmitte von Bergisch Gladbach während der Bürozeiten der Stadtverwaltung**  
0082/2010

**15.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2010, eine Jahresthemen- und Prioritätenliste für den ASSG zu beschließen**  
0089/2010

**15.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2010 zur Verbesserung der Situation am Driescher Kreuz für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen**  
0094/2010

**15.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.02.2010, bei der Offenlegung von B-Plänen die Einsicht dieser nicht nur im Rathaus Bensberg, sondern auch im Rathaus Bergisch Gladbach zu ermöglichen**  
0096/2010

**16 Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende verpflichtet das sachkundige stellvertretende Ausschussmitglied Frau Hatice Sirmasac, die als Gast an der Sitzung teilnimmt, feierlich unter Verlesung des obligatorischen Verpflichtungstextes. Die in der Sitzung gefertigte Niederschrift über die Verpflichtung ist als *Anlage* beigelegt.

Frau Schmidt-Bolzmann nimmt für die FDP-Fraktion den Antrag zu TOP 15.3 zurück. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird mit den nachfolgenden fett gedruckten Änderungen bzw. Ergänzungen mehrheitlich genehmigt:

##### „Zu TOP 8

##### **Handlungsprogramm Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement**

##### **1. Beratung über das Handlungsprogramm "Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement"**

##### **2. Beschluss des Handlungsprogramms "Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement (0496/2009)**

Die Vorsitzende stellt zunächst den folgenden Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

***Das Handlungsprogramm wird zustimmend zur Kenntnis genommen.***

***Externe Beauftragungen dürfen erst nach Verabschiedung des Haushaltes 2010 erfolgen.***

***Hierfür ist vom Bürgermeister darzulegen, dass***

***1. die externe Beauftragung für die Erledigung einer pflichtigen Aufgabe erforderlich ist,***

***2. die Verwaltung mangels Qualifikation oder Kapazität nicht in der Lage ist, die Aufgabe selbst zu erledigen.***

Dieser wird mehrheitlich mit 10 Stimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDinitiative abgelehnt. Mit „Ja“ stimmen 6 Vertreterinnen und Vertreter aus den Reihen der Fraktionen SPD, FDP und DIE LINKE. (mit BfBB). Ein Ausschussmitglied der FDP enthält sich der Stimme.

Der wie folgt geänderte Antrag der FDP-Fraktion kommt zur Abstimmung:

- 1. Das Nachhaltige kommunale Flächenmanagement hat letztendlich das Ziel, einen neuen Flächennutzungsplan zu erstellen. Dieses Ziel wurde in der Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung am 26.11.09 vom Stadtbaurat als wichtige pflichtige Aufgabe beschrieben. In dem vorgelegten Plan wird das Ziel jedoch nur am Rande behandelt und muss deshalb deutlicher herausgearbeitet werden.***

2. *Der vorgestellte Plan für ein Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement behandelt nahezu ausschließlich das Thema Wohnbaumanagement. Eine Gewerbeflächenplanung wird nur nachrangig erwähnt. Sie ist aus Sicht der FDP für einen Flächennutzungsplan gleichgewichtig und muss deshalb zeitgleich in Angriff genommen und eingearbeitet werden.*
3. *Die Planung ist für Stadtverordnete wenig überschaubar. Sie sollte gestrafft und durch einen Termin- und Kostenplan ergänzt werden.*
4. *Die Schaffung einer neuen Stelle wird separat später behandelt.*

*Der (folgende) letzte Absatz wird vertagt:*

*Vom Stadtbaurat wurden in der vorbereitenden Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung am 26.11.09 zum genannten Thema Schätzkosten für externe Bearbeitungen in Höhe von 340.000 € für das Jahr 2010 genannt. Externe Mittel dieser Größenordnung dürfen aus Sicht der FDP erst nach Verabschiedung des Haushaltes freigegeben werden. Sie sind nachvollziehbar zu begründen.*

Mit „Ja“ stimmen 14 Ausschussmitglieder aus den Reihen der SPD, der FDP, der CDU und der KIDitiative. Mit „Nein“ stimmen zwei Vertreter aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. (mit BfBB). Eine Enthaltung kommt aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der folgende Ursprungsantrag der FDP-Fraktion wird ebenfalls zur Abstimmung gestellt:

1. *Das Nachhaltige kommunale Flächenmanagement hat letztendlich das Ziel, einen neuen Flächennutzungsplan zu erstellen. Dieses Ziel wurde in der Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung am 26.11.09 vom Stadtbaurat als wichtige pflichtige Aufgabe beschrieben. In dem vorgelegten Plan wird das Ziel jedoch nur am Rande behandelt und muss deshalb deutlicher herausgearbeitet werden.*
2. *Der vorgestellte Plan für ein Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement behandelt nahezu ausschließlich das Thema Wohnbaumanagement. Eine Gewerbeflächenplanung wird nur nachrangig erwähnt. Sie ist aus Sicht der FDP für einen Flächennutzungsplan gleichgewichtig und muss deshalb zeitgleich in Angriff genommen und eingearbeitet werden.*
3. *Die Planung ist für Stadtverordnete wenig überschaubar. Sie sollte gestrafft und durch einen Termin- und Kostenplan ergänzt werden.*

*Vom Stadtbaurat wurden in der vorbereitenden Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung am 26.11.09 zum genannten Thema Schätzkosten für externe Bearbeitungen in Höhe von 340.000 € für das Jahr 2010 genannt. Externe Mittel dieser Größenordnung dürfen aus Sicht der FDP erst nach Verabschiedung des Haushaltes freigegeben werden. Sie sind nachvollziehbar zu begründen.*

8 Ausschussmitglieder aus den Reihen von SPD, FDP, DIE LINKE. (mit BfBB) und KIDitiative stimmen mit „Ja“, 9 Ausschussmitglieder aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit „Nein“.

Hiernach wird die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung gestellt:

**Das Handlungsprogramm „Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement“ wird beschlossen.**

Mit „Ja“ stimmen 10 Ausschussmitglieder aus den Reihen der CDU, der KIDitiative und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit „Nein“ stimmen 2 Vertreter der FDP-Fraktion. 5 Ausschussmitglieder aus den Reihen der SPD und DIE LINKE. (mit BfBB) enthalten sich der Stimmabgabe.

## **Zu TOP 9**

**Städtebauliche Sanierungsmaßnahme 'Bergisch Gladbach - Stadtmitte' - Beschluss über die Erweiterung des Geltungsbereiches des Sanierungsgebietes (520/2009)**

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag, das Sanierungsgebiet ‚Bergisch Gladbach-Stadtmitte‘ gemäß § 142 BauGB als Satzung gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage in Verbindung mit dem in Anlage 2 dargestellten Lageplan zu erweitern, **mehrheitlich bei einer Gegenstimme des Vertreters von DIE LINKE. (mit BfBB)** zu.

#### **Zu TOP 10**

##### **Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft (500/2009)**

Die Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

- 1. Die Entwicklung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft soll mit einer breit angelegten Auftaktveranstaltung im Frühjahr 2010 gestartet werden.**
- 2. Der Organisationsstruktur und der Steuerung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft durch Politik und Verwaltung wird zugestimmt. Die konkreten Arbeitsformen vor Ort sollen mit den Akteuren und Akteurinnen entwickelt werden.**

Diese wird mit 14 Stimmen aus den Reihen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative bei 1 Gegenstimme aus den Reihen von DIE LINKE. (mit BfBB) und 2 Enthaltungen der FDP angenommen.

#### **Zu TOP 12.1**

##### **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2009 zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse an die A4**

(0545/2009)

Der Vertagungsantrag wird mit 12 Stimmen aus den Reihen der CDU, FDP, BÜNDNIS 90/GRÜNE und KIDinitiative **bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und 4 Enthaltungen aus den Reihen der SPD** angenommen.“

#### **2.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.09.2009**

Die Niederschrift wird bei zwei Enthaltungen der FDP-Fraktion und einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) genehmigt.

#### **3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 03.12.2009 - öffentlicher Teil**

0063/2010

Herr Waldschmidt drückt angesichts des Nothaushaltes seine Verwunderung darüber aus, dass entgegen seiner in der letzten Sitzung geäußerten und auf Zustimmung gestoßenen Auffassung, die Auftragsvergabe nach außen betreffend Aufgaben der Stadtentwicklung sei von der Verwaltung sehr genau zu prüfen, nun gemäß der Darstellung in der Vorlage u. a. das Gewerbeflächenkataster vergeben werden solle. Hierbei handele es sich um eine reine Bestandsaufnahme. Herr Schmickler weist darauf hin, dass gegenüber den früheren Entwürfen sichtbar die externen Aufwendungen deutlich reduziert wurden. Selbstverständlich werde alles Leistbare nach wie vor durch die Verwaltung selbst erledigt.

Die personelle Situation sowie die Auslastung in der Wirtschaftsförderung und in der Stadtentwicklung mit einer Vielzahl von unaufschiebbaren Routinearbeiten und laufenden Projekten lasse jedoch lediglich eine Auftragsvergabe (zu einem Preis von ca. 30.000 €) für die Erstellung des Gewerbeflächenkatasters zu. Die entsprechende Eigenleistung der Verwaltung beanspruche eine Stelle für mindestens ein halbes Jahr, was wiederum im Hinblick auf die

sonstigen Aufgaben der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu einer mehrjährigen Verzögerung des Gesamtvorhabens führe. Dies sei rechtlich für den Flächennutzungsplan nicht hinnehmbar.

Herr Dr. Bernhauser spricht die Prüfung von Personalflexibilisierung innerhalb der Verwaltung an, sieht es aber trotz der schmerzenden Einsparungen im Bereich der Altenclubs und des auch von Herrn Waldschmidt erwähnten Löwenpasses als vorrangige Priorität und Kernaufgabe dieses Ausschusses an, die Stadt durch die Neuentwicklung des Flächennutzungsplans zukunftsfähig zu machen, notfalls auch verbunden mit einer externen Auftragsvergabe.

Herr Schmickler berichtet auf Nachfrage von Herrn Zalfen, die Baulandpotentialerfassung sei relativ weit gediehen und in Eigenleistung erfolgt, die Flächen seien in einem ersten Schritt bewertet und analysiert worden, die Zusammenfassung befinde sich zurzeit in Arbeit. Eine große Aufgabe sei angesichts der manuell erstellten bzw. uneinheitlichen Datengrundlagen die Erstellung einer einheitlich zu handhabenden und auch für andere Aufgaben besser verwertbaren digitalen Datengrundlage gewesen. Diese erleichtere nun auch die zu treffenden Bewertungsentscheidungen. Herr Waldschmidt geht aufgrund des bisherigen Prüfungs- und Entscheidungsverlaufes davon aus, dass weitere Einsparungen möglich seien.

Auf Nachfrage von Frau Schundau führt Herr Schmickler aus, dass sich betreffend das Haushaltsbudget 009.615.010 die Reduzierung des Betrages von 197.800 auf 187.800 € in 2010 durch die separate Erfassung von Geschäftsaufwendungen etc. auf einem Konto im Rahmen des Teilergebnisplans erkläre. Am Gesamtbetrag habe sich nichts geändert.

Im Übrigen nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage zur Kenntnis.

### **3.1. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.09.2009 - öffentlicher Teil - 0058/2010**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

### **4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Es gibt keine Mitteilungen.

### **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Schmickler berichtet von dem Wunsch der Fraktionen, in der heutigen Sitzung über den Stand des Regionaleprojektes informiert zu werden.

Frau Müller-Veit führt hierzu aus, dass vor dem Hintergrund der Haushaltssituation das im vergangenen Jahr mit einem Gesamtumfang von 15 Millionen € angesetzte Regionaleprojekte nun ein konsolidiertes Gesamtkonzept vorzulegen sei unter Wahrnehmung der Chancen, die sich für die Stadtmitte durch eine Teilnahme am Regionaleprojekt ergäben. Die Verwaltung gehe zurzeit von einer Erhöhung der Landesförderung von 70 % auf 90 % aus, allerdings gebe es einen Deckel bei 10 Millionen € so dass ein Gesamtvolumen von etwas mehr als 11 Millionen € anzunehmen sei. Ziel sei es, mit einem Eigenanteil von jährlich 300.000 € und der Einwerbung von privaten Investitionen den Mehrbetrag zu realisieren. Auf der Grundlage einer Präsentation erläutert Frau Müller-Veit Maßnahmen, mit deren Umsetzung der A-Stempel erhalten bliebe. Sie weist darauf hin, dass es sich um Vorschläge handele, die in einer Beschlussvorlage voraussichtlich in der kommenden Ausschusssitzung konkretisiert werden, nämlich das Bahnhofsumfeld, der Stadteingang am Driescher Kreuz, die Behebung von funktionalen Mängeln in der Fußgängerzone, aus dem Bereich Ost die Offenlage der Strunde, die Erstellung von Freiräumen in der Buchmühle und im Forum-Park, Reparatur des Straßenraumes Gohrsmühle und die Verbesserung des

Stadteingang von Süden mit dem Ziel, die Stadt besser sichtbar zu machen. Neu dazu gekommen sei die Flächenreparatur im Bereich Fußgängerzone Ost vom Konrad-Adenauer-Platz bis zum jetzigen Ende der Fußgängerzone in Höhe des Forums.

Zwei grundsätzlich nicht förderfähige Parkierungseinrichtungen hätten deshalb einen Bezug zur Regionale, weil durch Zurücknehmen von Stellplätzen im Bereich Buchmühle für Ersatzstellplätze gesorgt werden müsse. Die beiden auch von allen Akteuren und in der bisherigen Diskussion akzeptierten Parkierungseinrichtungen seien die Tiefgarage Bergischer Löwe mit einem unmittelbaren Zugang zur Fußgängerzone und ein ebenerdiges Parken hinter der alten Realschule.

Verzichtet werden müsse auf die Verkehrsspanne vom Driescher Kreuz bis Ecke Odenthaler Straße und auf ein Initialprojekt Kultur in städtischer Trägerschaft. Hier müsse sehr kreativ nach anderen Lösungen gesucht werden. Weiter werde verzichtet auf nahezu alle flankierenden Baumaßnahmen. Weiterhin müsse es Kürzungen bei allen Querschnittskosten geben sowie das Fassadenprogramm eingestellt werden.

Herr Waldschmidt äußert seine Verärgerung über die mangelnde Information der seit fünf Jahren für das Regionaleprojekt engagierten Politiker über die Verfahrensentwicklung und die Streichung von Maßnahmen, auch sei die Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung seit Monaten nicht mehr einberufen worden. Er ist der Auffassung, hier sei die Ebene des Miteinanders für das gemeinsam erarbeitete Projekt verloren gegangen. Herr Schmickler erinnert daran, dass er im Dezember in einer großen Akteursversammlung in der Villa Zanders und in einer Planungsausschusssitzung sieben Punkte genannt habe, wie nach seiner Auffassung mit der Regionale in den schwierigen finanziellen Zeiten umzugehen sei. In dem von Frau Müller-Veit soeben Vorgetragenen seien diese Grundgedanken nach umgesetzt worden. Er gestehe allerdings zu, dass die gewohnte und gute Beratungsfolge ein wenig aus dem Tritt geraten sei. Er müsse aber um Verständnis werben, dass es eine sehr schwierige Situation gewesen sei, das von Frau Müller-Veit hier unterbreitete konsolidierte Gesamtkonzept zu erstellen, nicht nur wegen der zahlreichen nebeneinander zu verwirklichenden Maßnahmen, sondern auch wegen extremer technischer Zusammenhänge insbesondere im Hinblick auf die Themen Hochwasserschutz, Straßenbau usw. mit allen anderen Komponenten des Projektes. Ziel sei es nach wie vor, die anerkannt gute Qualität der Kommunikation und der Beteiligung, die das Regionaleprojekt erst so weit gebracht habe, weiter zu pflegen und auf dieser Grundlage gemeinsam mit Politik und Bürgerschaft zu versuchen, die formulierten Ziele weiterzuentwickeln.

Herr Schmickler stellt auf Nachfrage von Herrn Schlaghecken klar, dass bezüglich des Projektes Radstation noch an Modellen gearbeitet werde, die finanzierbar seien.

Herr Zalfen äußert sein Unverständnis darüber, dass plötzlich ein Teil der Fußgängerzone vom Konrad-Adenauer-Platz bis zum Forum-Park als fester Bestandteil der Planung auftauche, wohingegen der Konrad-Adenauer-Platz als Kernstück im heutigen Zustand verbleiben solle. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass die vorgeschlagene einseitige Verkehrsführung an der Schnabelsmühle vorbei mit weiteren Parkplätzen zu kostenaufwändig sei. Auch sei das Verschwinden des Parkdecks am Ostrand der Buchmühle nicht nachvollziehbar.

Frau Schundau dankt Frau Müller-Veit für ihre Zusammenfassung. Auch sie sieht wegen der schwierigen geologischen Verhältnisse im Bereich der Tiefgarage in der attraktiven Verbindung der Schnabelsmühle mit der Fußgängerzone eine günstigere Lösung für die Schaffung von Parkplätzen.

Herr Schmickler bestätigt vorab, dass es grundsätzlich keine Förderung für Stellplätze gebe, weil hierfür Einnahmen erzielt werden könnten. Ein Kernproblem bei der Erweiterung der Tiefgarage sei in der Tat die Komplexität und die Vielfalt der konkreten geologischen Verhältnisse. Zur Erzielung belastbarer Kenntnisse seien gezielte Bohrungen in Vorbereitung. Frau Müller-Veit führt hierzu aus, dass in einer ersten Variante tatsächlich mit nicht besonders hoch gegriffenen Standardkosten gerechnet worden sei. In einer zweiten Variante sei der ungünstigste vorstellbare Fall berechnet. Es handele sich also um eine sehr optimistische und eine absolut pessimistische Annahme, und nach der geologischen Untersuchung werde eine realistische Zahl erhofft.



Herr Schmickler signalisiert abschließend das Erfordernis, weiterhin verschiedene Überlegungen zu einzelnen Maßnahmen mit allen Beteiligten zu diskutieren, dies gelte insbesondere für die Mauer, die – von der Schnabelsmühle her kommend – den Blick in die Stadt verhindere.

Auf die Frage von Herrn Waldschmidt, was getan werde, um die 90 %ige Landesförderung rechtssicher zu erreichen, äußert Herr Schmickler die Erwartung, insbesondere nach einem Gespräch mit dem Chef der Regionaleagentur, dass die Zusage rechtzeitig erfolge. Alle Signale maßgeblich beteiligter Personen in dieser Richtung seien eindeutig.

Die Vorsitzende dankt Frau Müller-Veit für ihren Vortrag.

#### **5.1. Frauenpolitische Informationen**

*0057/2010*

Frau Schneider sowie Frau Schmidt-Bolzmann begrüßen die Bereitstellung der gesammelten Presseveröffentlichungen. Frau Schmidt-Bolzmann und abschließend die Vorsitzende bedanken sich bei Frau Fahner für die Mitteilungen.

#### **5.2. Mitteilungen des Bürgermeisters**

##### **Mitteilung zur Wahl des Seniorenbeirats**

*0071/2010*

Frau Schneider zeigt sich darüber erfreut, dass eine im Gleichstellungsausschuss gegebene Empfehlung, die Listen paritätisch zu besetzen, hier mit einem Frauenanteil von über 40 % offenbar auf einem guten Weg sei. Eine in der Vorlage angekündigte Tischvorlage über das Ergebnis des Wahlausschusses über die eingereichten Kandidatenlisten für die Wahl des Seniorenbeirates am 24.03.2010 ist der Niederschrift als *Anlage* beigelegt.

#### **6. Haushalt 2010 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**

*0016/2010*

Auf Nachfrage von Frau Schundau berichtet Herr Hastrich, dass die für den Löwenpass vorgeschlagene Mittelkürzung im Wesentlichen darauf zurückzuführen sei, dass die Stadt von der Kommunalaufsicht aufgefordert sei den Korridor einzuhalten, was für seinen Fachbereich eine Einsparung von ca. 180.000 € bedeute. Dies geschehe mit mehreren Maßnahmen, nämlich der Anpassung der Haushaltsmittel für den Löwenpass an die tatsächlich verausgabten Mittel - im Jahr 2009 ca. 52.000 €- und u. a. durch die Kürzung der Zuschüsse im Seniorenbereich. Er bitte aber zu bedenken, dass die Mittelkürzungen nicht die Seniorenbegegnungsstätten, sondern die Altenclubs betreffen, dies seien in der Regel geschlossene Seniorengruppen, die sich sehr überwiegend in den Kirchengemeinden der evangelischen und katholischen Kirche trafen und bislang bei ausreichenden Haushaltsmitteln einen Zuschuss in Höhe von etwa 1.000 € pro Jahr erhalten hätten. Die geringen Ausgaben für den Löwenpass in 2009 ergäben sich im Übrigen aus der zwischenzeitlich eingetretenen Rechtslage, dass die Mittel für den Schuleintritt unmittelbar aus dem SGB II gewährt werden.

Frau Schundau führt weiter aus, dass sie die zuvor schon von Herrn Dr. Bernhauser angesprochene Streichung der Zuschüsse für die Altenclubs für sehr fragwürdig halte, weil gerade die Altenclubs für die alten Mitbürger wichtige Kommunikationszentren seien, im Gegenteil halte sie hier eine Aufstockung und auch die Überlegung für sinnvoll, die generationenübergreifende Kommunikation zwischen Kindergärten und Altenclubs zu fördern.

Auch Herr Waldschmidt berichtet, dass in der SPD-Fraktion die Kürzungen beim Löwenpass und bei den Altenclubs kritisch gesehen würden.

Auf Anfrage von Frau Münzer berichtet Herr Hastrich, dass der Ansatz für die Aufwendungen für den Integrationsrat für 2010 im Ergebnis identisch sei mit dem von 2009.

Frau Schundau weist auf ein offenbar falsch gesetztes Komma auf Seite 48 der Einladung unter „Anteil der ausländischen Besucher an den Seniorenbegegnungsstätten“ hin. Dort ergebe sich im Jahresvergleich ein Anteil von 1,1 % anstelle angegebener 11 %.

Nach eingehender Beratung **beschließen** die Ausschussmitglieder einstimmig,

**die Beschlussvorlage zur Beratung an den Haupt- und Liegenschaftsausschuss sowie zur Entscheidung an den Rat weiterzuleiten.**

7. **Flächenbericht 2009 Stadt Bergisch Gladbach zum "Nachhaltigen kommunalen Flächenmanagement"**  
*0030/2010*

Auf die Anregung von Herrn Dr. Karich, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen, führt Herr Schmickler aus, Ziel sei es, dem Flächenbericht Beschlussqualität zu geben, damit er als Arbeitsgrundlage für alle Beteiligten, insbesondere für die Verwaltung, eine gewisse Verbindlichkeit erlange. Zu der von Herrn Dr. Karich angesprochenen in der Vorlage erfolgten Nennung einer neuen Stelle führt Herr Schmickler aus, es gehe um das auch im Arbeitskreis ausführlich diskutierte sehr wichtige, langfristige Thema Modernisierungsberatung für Eigenheimbesitzer. Über die Ansiedlung einer solchen Stelle bei der Stadt und darüber, dass die Beratung der Bürgerschaft kostenlos erfolgen solle, gebe es keine Aussage in der Vorlage. Durch einen Beschluss dokumentiere der Ausschuss, dass ihm dieses Thema wichtig sei. Es gehe darum, die Dinge verbindlich zu machen, an denen gemeinsam mit allen Fraktionen 2 Jahre lang gearbeitet wurde. Der Flächenbericht sei eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit.

Herr Dr. Bernhauser sieht in dem vorgelegten Plan zum kommunalen Flächenmanagement ein erheblich überzeugenderes Konzept als zuvor, dem zugestimmt werden könne.

Herr Waldschmidt äußert sein Unverständnis darüber, dass nun die Dokumentation über das bereits in 2009 verabschiedete Handlungsprogramm noch einmal beschlossen werden solle.

Frau Schundau weist darauf hin, dass der Flächenbericht auch den wichtigen Punkt Ökologie beinhalte, insbesondere dass man auch Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels in der Stadt ergreifen müsse. In diesem Zusammenhang sei auch eine Begrünung der Innenstadt und ein Alleekonzept äußerst wichtig.

Die Ausschussmitglieder fassen bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Der Flächenbericht 2009 Stadt Bergisch Gladbach zum „Nachhaltigen kommunalen Flächenmanagement“ wird beschlossen. Zudem wird festgelegt, dass der Flächenbericht alle zwei Jahre fortzuschreiben ist.**

8. **Gespräche zur Stadtentwicklung: Vorstellung der Studie "Nachfrageorientierte Wohnungsmarktanalyse für die Stadt Bergisch Gladbach" des vhw am 1. März 2010**  
*0047/2010*

Herr Schmickler bittet die Ausschussmitglieder und Verständnis, dass wegen einer nicht veränderbaren Terminkollision die ursprünglich für den 01.03. geplante Vorstellung der Studie auf den 15. April, 19.30 Uhr, Ratssaal Bensberg, verschoben werden müsse.

Im Übrigen nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage zur Kenntnis.

9. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**- Jahresbericht 2008**  
**- Wohnungsbauprogramm 2009**  
*0046/2010*

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Zuständigkeit bis auf das Wohngeld beim Kreis liege. Herr Schmickler führt aus, dass die Stadt Bergisch Gladbach vom Land, das vier Kategorien für die Förderdringlichkeit gebildet habe, betreffend die Fördernotwendigkeit sowohl im Eigenheim als auch im Mietwohnungsbau jeweils in der dritten Kategorie eingeordnet worden sei, also mit einem unterdurchschnittlichen Bedarf. Trotz dieser Einordnung seien in 2009 aber in Bergisch Gladbach keine Anträge auf Wohnungsbauförderung wegen fehlender Fördermittel abgelehnt worden. Der Kreis rechne für 2010 mit einer ähnlichen Zuweisung wie im vergangenen Jahr. Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, dass der zentrale Satz des Berichts folgender sei: „Da das Angebot über Sozialwohnungen kontinuierlich sinkt, erweitert sich der Kreis der potentiellen Bewerber ohne Aussicht auf eine entsprechende Wohnungsversorgung.“ Er sieht den Ausschuss als politisches Gremium in der Verantwortung, dieser Entwicklung steuernd entgegenzuwirken. Es könne nicht sein, dass einer steigenden Zahl von Menschen mit Wohnberechtigungsschein eine nicht ausreichende Anzahl von angemessenen, bezahlbaren Wohnungen gegenüberstehe. Er regt an, dass die Verwaltung sich mit dem Kreis zwecks Absprache von Initiativen zur Umsteuerung in Verbindung setze. Vor allem bitte er die Verwaltung ganz dringend, über die Wohnbaufördergesellschaft, städtische Grundstücke, kreativ zu werden.

Auch Herr Waldschmidt bezeichnet die Ergebnisse des Berichts als alarmierend, davon ausgehend, dass in den kommenden Jahren zusätzlich noch sehr viel Wohnraum aus der 70er Jahren aus der Bindung rausfallen werde. Er habe im letzten Jahr schon einmal vorgeschlagen, beispielsweise der RBS bezahlbares Bauland zur Verfügung zu stellen.

Herr Schmickler führt dazu aus, dass es von der aktuellen Systematik der Wohnungsbauförderung her kein Problem mehr sei, Häuser auf Grundstücken zu ganz normalen Verkehrswertpreisen zu errichten, es gebe eine Komponente, die diesen Faktor ausgleiche. Aus ökonomischer Sicht gebe es auch keine Veranlassung, der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft, die nicht zu 100 % der Stadt gehöre, Grundstücke zu Konditionen deutlich unter dem Verkehrswert zu überlassen. Unabhängig davon sei natürlich im Falle einer konkreten Projektplanung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft denkbar, an diese prioritär ein Grundstück abzugeben. Ungeachtet dessen, dass der Sozialwohnungsbau auch überregional zurzeit ziemlich zum Erliegen gekommen sei, spreche er mit der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft regelmäßig über mögliche Projekte. Dass es nach wie vor Wohnungsbauunternehmen in öffentlichem Eigentum gebe, sei ein glücklicher Umstand, denn dies sei zukünftig die einzige Möglichkeit, noch unmittelbar auf den sozialen Wohnungsbau Einfluss nehmen zu können.

Angesichts der Entwicklung, dass in Zukunft immer mehr ältere Menschen Singlewohnungen und bezahlten Wohnraum brauchten, regt Frau Schöttler-Fuchs die Entwicklung eines auch andere Akteure ansprechenden Konzeptes an. Frau Schmidt-Bolzmann berichtet, dass in der FDP-Fraktion etwas Verwunderung darüber bestehe, dass der erhebliche Leerstand z.B. in Klein-Manhattan nicht genutzt werde, indem die Stadt als Vermittler zwischen Wohnungssuchenden und Vermietern auftrete.

Herr Schmickler antwortet, dass bekanntermaßen zurzeit auf Ebene des Kreises ein nicht zuletzt von der Stadtverwaltung mitinitiiertes Wohnungsbaukonzept entwickelt werde, zu dem es demnächst nach Abschluss eines ersten Abschnittes auch Informationen geben werde. Ein regionales Wohnungsmarktkonzept sei auf längere Sicht eine ganz entscheidende Voraussetzung, im Bereich der Wohnungsbauförderung noch Mittel zu bekommen.

Ein Thema der Veranstaltung am 15. April werde sein, welche Segmente im Wohnungsmarkt tatsächlich Neubauten erforderten und welche durch den gegebenen Bestand abgedeckt werden könnten. Gerade bei den preiswerten Einfamilienhäusern müsse darauf geachtet werden, dass der Bestandsmarkt nicht zerstört und mit der eigenen Boden- und Baupolitik letztlich solche Leerstände nicht erst noch provoziert und verstetigt würden.

Auf Nachfrage von Frau Schneider erklärt Herr Hastrich, dass die Stadt bei der Erfassung der Daten für die städtischen Unterkünfte bereits nach Geschlecht differenziere, er ihren diesbezüglichen Wunsch aber auch an den Kreis weitergeben wolle.

Im Übrigen nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage zur Kenntnis. Die Vorsitzende bedankt sich bei der Verwaltung für die Erarbeitung des Berichts.

### **Gemeinsame Beratung**

**10. Bedarfsplanung und Betriebskostenförderung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2010/2011**  
0038/2010

und

**11. Auswertung der Elternbefragung zum Betreuungsbedarf der Kinder bis sechs Jahren**  
0080/2010

Die Vorsitzende bittet darum, die Vorlage unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. unter dem Genderaspekt zu beraten.

Herr Hastrich regt an, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 zusammenzufassen, weil sie unter dem Genders Gesichtspunkt die gleiche Fragestellung behandelten.

Für die Betreuungssituation für die Kinder bis zum Grundschuleintritt im nächsten Kindergartenjahr könne man zusammenfassend feststellen, dass die Angebotsstruktur stadtweit reduziert werde um 15 Plätze für den Bereich der Kinder von 3 Jahren bis zum Grundschuleintritt, andererseits um 10 Plätze erhöht werde für Kinder unter 3 Jahren. Dies sei ein kleiner Schritt weiter auf die Zielmarke zu, bis zum Jahr 2013 eine Versorgungsquote von 35 % für Kinder unter 3 Jahren zu erreichen. Das Betreuungsbudget werde mit der bisherigen Verteilung auf 25, 35 und 45 Stunden im Wesentlichen beibehalten. Wenn man die unter TOP 11 ausgewertete Befragung hinzunehme, sei festzustellen, dass die Wünsche der Eltern insbesondere hinsichtlich der Betreuungszeiten mit über 45 Stunden und auch hinsichtlich des Umfanges der Angebote für unter 3-Jährige weitergehend seien. Voraussichtlich im Herbst werde es noch eine differenziertere Auswertung geben, wenn in Fortschreibung des Ratsbeschlusses auch die Planung für die Kindertageseinrichtung bis zum Jahre 2020 vorgelegt werde. Frau Schneider begrüßt es sehr, dass es gelinge, die Tagesstätten- und Versorgungsplätze für die Kinder zu erhalten. Die Stadt sei auf einem sehr guten Stand und liege damit an der Spitze. Für eine familienfreundliche Stadt halte sie es für dringend erforderlich, die Versorgung noch zu verbessern. Auch für die vielen Eltern mit einem Bedarf von mehr als 45 Stunden müsse die entsprechende Versorgung der Kinder sichergestellt werden. Hinzu komme, dass von Berufstätigen eine hohe zeitliche Flexibilität erwarten werde, weshalb ein größerer Zeiträumen angeboten werden müsse. Frau Schneider schlägt deshalb die Festschreibung einer Zielvereinbarung vor, wonach Bergisch Gladbach trotz Nothaushalts weiterhin in NRW an der Spitze bleiben wolle, was die bedarfsgerechte Betreuung für Kinder aller Altersgruppen betreffe. Die Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag und bittet ihn zuständigkeitshalber in der folgenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzubringen. Herr Hastrich regt an, die Empfehlung passend zu der für den Herbst vorgesehenen Vorlage „Fortschreibung der Kindertagesstättenentwicklungsplanung“ auszusprechen, weil es darin um die mittelfristige Ausstattung der Stadt mit Kindertagesbetreuung gehe.

Frau Fahner hebt es als besonders lobenswert hervor, dass die Stadt Bergisch Gladbach in der Kindertagesbetreuung in allen Altersgruppen immer noch NRW-weit an der Landesspitze sei mit der Besonderheit, dass dieser Standard auch weiter gehalten werden könne. Andererseits gebe der nach der Elternbefragung festgestellte Anteil von knapp 50 % der Eltern, die nach einem Tagesstättenplatz von mindestens 45 Stunden suchten, angesichts des Nothaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach Anlass zu der Überlegung, mit dieser Problematik an die Betriebe heranzutreten, deren Arbeitsverhältnisse Anlass für den hohen Betreuungsbedarf seien. So könne geklärt werden, welchen Beitrag Betriebe zu familienfreundlichen Arbeitsverhältnissen leisten könnten. Die

Vorsitzende begrüßt diese Anregung und geht davon aus, dass Frau Fahner der Verwaltung einen Vorschlag hinsichtlich der Vorgehensweise macht.

Auf Nachfrage von Herrn Sirmasac berichtet Herr Hastrich, dass es derzeit etwa 30 Tagespflegepersonen in Bergisch Gladbach gebe und 11 im Grundqualifizierungskurs befindliche.

Zu TOP 10 **beschließen** die Ausschussmitglieder nach umfangreicher Beratung mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB),

**die Beschlussvorlage zur Entscheidung an den Jugendhilfeausschuss weiterzuleiten.**

## **12. Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach - Teile II - IV**

*0023/2010*

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Herr Hastrich, nach Verabschiedung des Integrationskonzeptes im Rat werde der neue Integrationsrat stark in die Umsetzung eingebunden, während die Erarbeitung der hier zu beratenden Vorlage gemeinsam mit dem alten Integrationsbeirat erfolgte. Es sei beabsichtigt, Ende April eine Veranstaltung unter Beteiligung dieses Ausschusses, der Fraktionen, des Integrationsrates und der Migrantenselbstorganisationen durchzuführen als Auftakt zur Verbreitung des Konzepts. Eine Befassung des neuen Integrationsrates mit dieser Vorlage sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll. Dem stimmt Frau Münzer mit dem Hinweis zu, dass andernfalls wiederum wertvolle Zeit bis zur Entscheidung im Rat vergehen werde. Frau Schneider schließt sich dieser Meinung an. Sie sei außerdem besorgt, dass die Sammlung wunderschöner Ideen im Rahmen des Integrationskonzeptes und auch darüber hinaus aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt nicht umgesetzt werden könnten. Es sei jetzt wichtig, diese Ideen unter Einbindung der Menschen mit Migrationshintergrund kreativ und möglichst bald mit Leben zu füllen. Herr Hastrich stellt klar, dass zur Umsetzung der prioritären Maßnahmen im Haushalt 50.000 €eingestellt seien.

Herr Hastrich berichtet auf weitere Nachfrage von Herrn Dr. Karich, dass die Maßnahmen gerade auf die Sprachförderung als wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Schullaufbahn abzielen.

Auf einen entsprechenden Hinweis von Frau Schundau soll der Beschlussvorschlag unter Punkt 3 mit Zustimmung von Herrn Hastrich sprachlich verändert und wie folgt formuliert werden: „Mit dem Integrationsrat und dem ASSG ist die Umsetzung der weiteren Maßnahmen und die Verwendung der Haushaltsmittel **abzustimmen**.“

Die Ausschussmitglieder **beschließen** nach intensiver Beratung mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB),

**die Beschlussvorlage zur Beratung an die nachfolgenden Ausschüsse sowie an den Rat zur Entscheidung weiterzuleiten.**

## **13. Wahl des Integrationsrates**

*0092/2010*

Die Vorsitzende merkt an, dass die Wahlbeteiligung aus ihrer Sicht ziemlich enttäuschend gewesen sei. Dem stimmt Frau Schneider zu und regt angesichts der Wahlbeteiligung von knapp 5 % und ihrer eigenen Erfahrungen im Wahlbüro an zu überlegen, durch welche Art der Ansprache die Menschen besser motiviert werden könnten, etwas für sich und ihre Zukunft zu tun. Frau Münzer merkt an, die Gründe für die geringe Wahlbeteiligung seien sicher sehr vielschichtig, so fühlten sich z.B. viele Migranten bereits integriert, was aus ihrer Sicht weiteres Handeln erübrige.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Sachstandsbericht.

**14. Jahresbericht über die Entwicklung und Aktivitäten der GL Service gGmbH**  
**(Berichtszeitraum 01.10.2008 - 31.12.2009)**

0053/2010

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Frau Fahner, eine andere Anmeldeform als über die Internetplattform des Girls' Days sei nicht möglich, weil dieses Vorgehen das Arbeitsaufkommen für dieses große Projekt erheblich reduziere. Durch Vorabinformation der Schulen sei das Frauenbüro aber immer bemüht, den Mädchen in Bergisch Gladbach den ersten Zugriff auf die Angebote zu ermöglichen. Daneben erscheine eine Mitteilung in der Lokalpresse.

Herr Dr. Bernhauser würdigt die Leistungen, die sich in den Ergebnissen der GL Service gGmbH nach zweijähriger Existenz zeigten, als sehr beachtlich. Es gebe eine Reihe neuer Pläne, sich z.B. Jugendlichen mit dem Stand up – Projekt zuzuwenden, und die Gesellschafterversammlung, deren erster Vorsitzender er in dieser Wahlperiode sei, werde alles daransetzen, um möglichst vielen benachteiligten jungen und älteren Menschen eine Chance zu bieten, beruflich wieder Fuß zu fassen und ihre Existenz selbst zu sichern. Herr

Dr. Bernhauser spricht seinen herzlichen Dank an die Geschäftsführung aus, die diesen Bericht verfasst habe. Es sei möglicherweise auch angezeigt, dass Herr Dekker in einer der nächsten Sitzungen auch persönlich berichte.

Frau Schundau findet die dargestellten Arbeitsergebnisse der Gesellschaft sehr positiv. Allerdings sei unvertretbar, dass es aufgrund der Haushaltssituation zu dem Projekt „Übergang Schule/Beruf“, Erprobung eines Modells zur Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher (Seite 257 der Einladung), keine(n) Schulsozialarbeiter / Schulsozialarbeiterin mehr gebe. An dieser Stelle dürfe nicht gespart werden.

Herr Hastrich begründet diese Entwicklung damit, dass der Kämmerer aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht in der Lage war, den entsprechenden Vertrag mitzuzeichnen. Wegen der fehlenden Refinanzierung durch die Stadt habe die GL Service gGmbH dann die Maßnahme einstellen müssen.

Herr Sirmasac führt aus, vor dem Hintergrund unzähliger Erfahrungsberichte mute das hier Gesagte und Vorgelegte eigentümlich verzerrend an. Die arbeitsmarktliche Aktivierungspolitik diene der Korrektur der Erwerbslosenstatistik. Er fragt, seit wann das Aufsammeln von Müll oder Laub der Weiterqualifizierung diene. Ebenso wenig diene das Plakatieren der Weiterqualifizierung, ganz zu schweigen davon, dass es illegal sei, wie es in der Vergangenheit betrieben worden sei. Für ihn sei es nicht erklärbar, dass der Zwang zur Arbeit im 21. Jahrhundert so selbstverständlich hingenommen werden könne.

Herr Hastrich führt aus, er habe nicht die Absicht, die eigentümlichen Unterstellungen klarzustellen, er bitte andererseits schon darum, wenn seiner Gesellschaft vorgeworfen werde, sie sei illegal tätig gewesen, diesen Rechtsvorwurf mit Unterlagen zu belegen, damit eine Grundlage geschaffen sei, dagegen Stellung zu nehmen. Herr Hastrich führt weiter aus, er lasse weder seinem Kollegen Dekker noch seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstellen, sie hätten rechtswidrig gehandelt.

Herr Dr. Bernhauser schildert seine Sichtweise, dass u. a. jeder behinderte Jugendliche, der über die GL Service gGmbH seine Ausbildung abschließen könne, jeder Langzeitarbeitslose, der durch Qualifizierungsmaßnahmen wieder in eine Tätigkeit vermittelt werde, die Tätigkeit der GL Service gGmbH ganz anders beurteile als Herr Sirmasac.

Frau Schöttler-Fuchs schließt sich der Auffassung von Herrn Dr. Bernhauser an. Sie berichtet, dass die GL Service gGmbH auch eine Kantine in der IGP betreibe, von der sie sich im Rahmen der Jugendhilfekonferenz selbst ein Bild habe machen können. Sie könne nur empfehlen, auf die GL Service gGmbH zurückzugreifen, um in den Genuss des vorzüglichen Essens zu kommen und auch die gute Qualifizierung zu sehen.

**15. Anträge der Fraktionen**

**15.1. Sachstand zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse an die A4;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2009 (Vorlage 0545/2009)  
0077/2010**

Herr Schmickler berichtet ergänzend zur Vorlage, er gehe von aus, dass in einem überschaubaren Zeitraum konkrete Verkehrsprognosen in hinreichender Klarheit für eine Entscheidungsfindung vorlägen. Das Land brauche für das zu erstellende belastbare Gutachten, auf dessen Grundlage möglicherweise weitreichende Entscheidungen getroffen werden müssten, eine angemessene Zeit. Herr Waldschmidt weist abschließend darauf hin, dass ein günstiger Ausgang in Düsseldorf möglicherweise auch von einer entsprechenden Willensbekundung des Rates abhängen und dass es sich die entsprechenden Mehrheiten im Rat auch zuschreiben lassen müssten, wenn es daran fehlen sollte.

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass neue Informationen zeitnah auf die Tagesordnung genommen werden können.

**15.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2009 zur Offenlegung  
der Pläne für die Umgestaltung der Stadtmitte von Bergisch Gladbach während  
der Bürozeiten der Stadtverwaltung  
0082/2010**

Frau Schundau bezieht sich auf die Begründung des Antrages und sieht über die von der Stadt dargestellten Möglichkeiten der Öffentlichkeitsinformation die Notwendigkeit, auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger mittels deren Beteiligung einzugehen. Für diesen Zweck sei die genannte Informationsbox u. a. wegen der problematischen zeitlichen Nutzungsmöglichkeit nicht ausreichend.

Herr Dr. Bernhauser macht auf die jederzeitige Möglichkeit eines Besuchs auf der städtischen Internetseite und die bisher durchgeführten Bürgerbeteiligungen aufmerksam, schlägt darüber hinaus aber vor zu prüfen, ob zu den Öffnungszeiten des Stadthauses weitere Möglichkeiten geschaffen werden könnten, ohne dass hierdurch weitere Personalressourcen verschlungen würden. Dies könne beispielsweise durch Angabe einer Telefonnummer neben den ausgehängten Plänen oder auch durch das Auslegen eines Wunschbuches geschehen.

Auch Herr Waldschmidt bittet um zusätzliche Vorschläge der Verwaltung, wie die Bevölkerung aktiv eingebunden werden könne, auch vor dem Hintergrund, dass die Regionale 2010 voraussichtlich Thema der nächsten Sitzung sein werde.

Herr Schmickler führt dazu aus, die bisher seitens der Stadt angebotene Beteiligung speziell im Projekt Regionale 2010 sei über die Stadtgrenzen hinaus als besonders vorbildlich anerkannt worden. Es seien vielfach Veranstaltungen für Akteure und mehrere große Projekttag durchgeföhrt worden, darüber hinaus sei die Informationsbox, die sich an den Zeiten des Wochenmarktes orientiere, bereitgestellt worden. Zudem habe es eine große Zahl von separaten Gesprächen und Führungen mit Akteuren und Interessengruppierungen gegeben. Langjährige Erfahrung zeige, dass eine qualifizierte Information und Beteiligung nur dann stattfinden könne, wenn neben dem ausgehängten Plan ein fachkundiger Ansprechpartner zur Verfügung stehe. Der Intention des Antrages könne gefolgt werden, er halte es aber für besser, die bisher praktizierten, bewährten Beteiligungsformen im Stadium konkreter Bauentwürfe zu wählen.

Frau Schmidt-Bolzmann heißt die in der Vergangenheit von der Verwaltung gewählten Beteiligungsmaßnahmen gut, begrüßt darüber hinaus aber vor dem Hintergrund der von Herrn Urbach gewünschten Bürgernähe den von Herrn Dr. Bernhauser zuvor gemachten Vorschlag, z.B. im Bürgerbüro Bergisch Gladbach Pläne aufzuhängen und ein Wunschbuch und eine Telefonnummer zu hinterlegen, vielleicht in der Art der neuen „115er“-Rufnummer, über die Bürgerinnen und Bürger sich kurzfristig informieren könnten.

Die Vorsitzende schlägt vor, dem vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die ergänzenden Vorschläge hinzuzufügen. Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu und fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

(„Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert eine Offenlegung der Pläne für die Umgestaltung der Stadtmitte von Bergisch Gladbach während der normalen Bürozeiten im Zentrum von Bergisch Gladbach“)

**wird angenommen und wie folgt ergänzt:**

**„sowie zu prüfen, wo Pläne und Telefonnummern ausgehangen werden können.“**

Frau Holtzmann bittet um Berichterstattung durch die Verwaltung in der kommenden Sitzung.

**15.3. Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2010, eine Jahresthemen- und Prioritätenliste für den ASSG zu beschließen**

*0089/2010*

Der Antrag wurde von der FDP-Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 1 zurückgenommen.

**15.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2010 zur Verbesserung der Situation am Driescher Kreuz für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen**

*0094/2010*

Frau Schundau erläutert, dass sie den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann für zuständig halte, weil es sich um kommunale Verkehrsplanung handele, zum anderen seien auch soziale Aspekte darin enthalten, weil Rollstuhlfahrer am Driescher Kreuz dort große Probleme hätten. Herr Schmickler verneint, dass es sich um kommunale Verkehrsplanung handele, dort gehe es vielmehr um strategisch-planerische Instrumente. Zur Sache selbst erlaube er sich den Hinweis, dass die Gestaltung bis ins letzte Detail mit dem Behindertenbeirat, der Beauftragten für Menschen mit Behinderung und den betroffenen Vertreterinnen und Vertretern abgesprochen und abgestimmt sei. Gerade in diesem Bereich arbeite die Stadt Bergisch Gladbach vorbildlich. Es sei eine schwierige Aufgabe gewesen, einen Kompromiss zu finden zwischen den unterschiedlichen Belangen von Menschen mit verschiedenen Behinderungen. Er könne daher nicht nachvollziehen, wie man zu der im Antrag dargelegten Auffassung kommen könne.

Herr Waldschmidt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr.

Die Ausschussmitglieder fassen mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag wird an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verwiesen.**

**15.5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.02.2010, bei der Offenlegung von B-Plänen die Einsicht dieser nicht nur im Rathaus Bensberg, sondern auch im Rathaus Bergisch Gladbach zu ermöglichen**

*0096/2010*

Frau Holtzmann bittet die Ausschussmitglieder um Abstimmung zum Vorschlag der Verwaltung, den Antrag an den Planungsausschuss verweisen. Unter Zustimmung von Frau Holtzmann weist Frau Schundau darauf hin, dass ihr kurze Erläuterung des Antrages zustehe.



Es gehe hier nicht um zu erstellende B-Pläne, sondern um deren Offenlegung, die zurzeit nur im Rathaus Bensberg stattfände. Es gehe darum, die B-Pläne im Rathaus in Bergisch Gladbach für dort ansässige Bürger offenzulegen. Herr Schmickler bestätigt auch für dieses Verfahrensdetail klar die Zuständigkeit des Planungsausschusses.

Die Ausschussmitglieder fassen mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag wird an den Planungsausschuss verwiesen.**

## **16. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Schundau weist darauf hin, dass im Bereich des im Bau befindlichen Rückhaltebeckens Cederwaldstraße für Radfahrer an der Dechant-Müller-Straße nicht ersichtlich sei, wie der Radweg weitergehe. Wegen des Gegenverkehrs könne man nicht den auf der anderen Seite befindlichen Radweg nutzen. Es sei auch keine Möglichkeit gegeben, mit dem Fahrrad in die Hauptstraße einzubiegen, weil dort eine Absperrung existiere. Frau Schundau stellt daher die folgende **Anfrage** an die Verwaltung:

**Ist es möglich, die in Höhe der Dechant-Müller-Straße vorhandene Absperrung auf der Hauptstraße so weit zurückzusetzen, dass Fahrradfahrer problemlos auf die Hauptstraße wechseln können?**

Frau Schundau macht auf die nach dem Bergisch Gladbacher Karnevalszug trotz Reinigung auf den Straßen verbliebenen und insbesondere für Radfahrer hinderlichen Glassplitter aufmerksam. Sie stellt diesbezüglich die **Anfrage** an die Verwaltung:

**Kann ähnlich dem Kölner Modell zum Karnevalszug ein Glasflaschenverbot angeordnet werden, das lediglich den Gebrauch von Plastikflaschen gestattet.**

Frau Schundau weist auf einen Bericht über ein Integrationsprojekt in Braunschweig „ladies on tour“ hin, in dem versucht werde, vor allem Migrantinnen Fahrradfahren beizubringen, um sie in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen. Frau Schundau fragt, ob nicht so ein Projekt auch in Bergisch Gladbach sinnvoll wäre, um mehr Kommunikation für die Migrantinnen zu erreichen. Frau Fahner antwortet, sie habe auch von diesem hochinteressanten Projekt gehört. Insofern werde sie diese Idee in den Lenkungskreis für das Migrationskonzept mitnehmen.

Herrn Schlaghecken fragt, ob für das Aufstellen von Plakatwänden von der Firma Ströer auf privaten und auf öffentlichen Flächen eine Genehmigung eingeholt werden müsse und ob man weiter Einfluss habe, wenn z.B. in Schildgen aufgestellte Plakate ortsbildprägend ein bisschen desolat aussähen.

Herr Schmickler antwortet, auf privaten Flächen sei eine Baugenehmigung erforderlich, die nur unter sehr engen Rahmenbedingungen versagt werden könne, auf öffentlichen Flächen brauche man eine Konzession, die stadteinheitlich vergeben werde. Zurzeit bestünden Werbeverträge mit der Kölner Außenwerbung, die zur Ströer-Gruppe gehöre. Die gesamte Werbung auf städtischen Flächen sei aber zurzeit in einer Neuausschreibung. Die Stadt erhoffe sich eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation sowie der Optik. Herr Schlaghecken führt aus, dass in Schildgen auf der Altenberger Dom-Straße eine Wand gegenüber dem neuen Bushäuschen auf privater Fläche erstellt wurde, die aus seiner Sicht dort nicht unbedingt hinpasse. Er möchte wissen, ob man auf diese Situation Einfluss nehmen könne. Herr Schmickler antwortet, das sei eine Einzelfallentscheidung, die pauschal nicht geklärt werden könne. Normalerweise werde es in einem

solchen Kerngebiet bzw. Mischgebiet mit vorhandenen Werbeanlagen in großer Zahl in unterschiedlicher Form sehr schwierig sein, so eine Plakatwand zu verhindern.

Die Vorsitzende weist auf eine auf dem Tisch liegende Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) nebst Antwort hin (0130/2010, Anlage).

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.47 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.